



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

seit letzten Sonntag (5. Mai 2019) ist der vietnamesische Menschenrechtsverteidiger Nguyen Huu Vinh nach fünf Jahren Haft wieder ein freier Mann. Seine

geht es ihm den Umständen entsprechend gut. Ich habe diese Nachricht mit großer Freude aufgenommen.

Der Menschenrechtsaktivist Vinh wurde am 5. Mai 2014 zusammen mit seiner Mitarbeiterin Nguyen Thi Minh Thuy wegen des

habe ich für ihn die Patenschaft übernommen. Mit seiner Familie habe ich engen Kontakt gepflegt. Leider war es mir bei meiner Dienstreise nach Hanoi zur Gerichtsverhandlung nicht gelungen, als Beobachter zu seinem Prozess zugelassen zu werden.

Ich bin immer noch davon überzeugt, dass Herr Nguyen Huu Vinh mit dem ihm zur Last gelegten Verhalten seinem Heimatland Vietnam keinen Schaden zufügen wollte, sondern an einer gedeihlichen und positiven Entwicklung seines Landes interessiert war und ist.

Ich möchte meine Hochachtung für seine kritische Arbeit und für so viel Ausdauer ausdrücken. Ich wünsche Herrn Vinh und seiner Familie nun erst einmal Zeit zum Ausruhen und Ankommen. Ich hoffe, ihn und seine Familie bald zu treffen.



Endlich in Freiheit!

Menschenrechtsverteidiger Nguyen Huu Vinh mit seiner Ehefrau Le Thi Minh Ha

Frau und seine Familie haben ihn abgeholt. Vinh durfte nichts aus dem Gefängnis mitnehmen, auch nicht die ca. 1.000 Seiten Notizen, die er während der Haft gemacht hatte. Nach den ersten Berichten

ungerechtfertigten Vorwurfs des „Missbrauchs demokratischer Freiheiten“ verhaftet. Im Jahr darauf wurde er verurteilt. Im Rahmen des Bundestagsprogramms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“

Weitere Themen dieser Woche finden Sie auf den folgenden Seiten.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Stopp dem illegalen Organhandel in China



Nach der öffentlichen Anhörung zum Thema Religionsfreiheit in China am Mittwoch (8.5.2019) habe ich am Donnerstagabend an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Illegaler Organraub in China“ teilgenommen. Ein so erschreckend unmenschliches systematisches Morden von Menschen in China, das einem Menschenbild entspringt, welches den Menschen als ein verwertbares Gut begreift, ist nicht hinzunehmen.

Seit fast vier Jahren ist es mir ein Anliegen, durch eine Resolution wie in den USA und der EU diesem grausamen Tun etwas entgegen zu setzen. Die gute Faktenlage muss nun endlich zielführend in eine Resolution gegen den Organraub umgesetzt werden. Nach dem Vorbild Israels sollten wir durch Änderungen im Transplantationsgesetz dem illegalen Organhandel von Deutschland aus einen Riegel vorschieben. Wir müssen eine Regelung finden, wonach die

Herkunft eines jeden transplantierten Organes zweifelsfrei nachgewiesen werden muss. Nur so können wir diese menschenverachtenden Praktiken stoppen. Dafür werde ich mich einsetzen.

Auch in der Sitzung des Menschenrechtsausschusses war der Organhandel thematisiert worden. Opfer sind vor allem Anhänger der Falun Gong-Bewegung. Menschenrechtler bezweifeln, dass pro Jahr nur 10.000 bis 15.000 Transplantationen vorgenommen werden. Sie verweisen darauf, dass mehr als tausend Krankenhäuser auf derartige Eingriffe spezialisiert sind und dass die Wartezeiten in China nur Tage bis maximal Wochen betragen, während man sonst Jahre warten muss.

Ein weiteres Thema im Ausschuss war die Lage der Uiguren. Ca. eine Million Angehörige dieser Volksgruppe befindet sich derzeit in chinesi-

sehen Umerziehungslagern. Nicht nachvollziehbar ist dabei, dass Peking den betroffenen Uiguren den Rechtsbeistand verweigert mit der absurden Begründung, dass sie ja gegen kein Gesetz verstoßen hätten. Zur Einlieferung in ein solches Umerziehungslager kann es ausreichen, dass man sein Smartphone häufig ausschaltet, ein fremdes Auto betankt oder sein Haus durch den Hintereingang betritt. Selbst nach chinesischem Recht sind Umerziehungslager illegal.

Als nicht zielführend betrachte ich von der Fraktion Die Linke vorgebrachte Fragen. Sie wollte z.B. Beispiel für eine politische Instrumentalisierung von Religion in China erfragen, die eine berechtigte Gefahr für die Regierung in Peking darstellen. Das ist nichts anderes als ein Gemeinmachen mit dem Pekinger Regime.

Wirtschaftlicher Druck gegen die Einschränkungen von Menschenrechten in Kambodscha



v. li: Raphael Göpel, Stiftung Asienhaus, Frau Judith Schüle, Brot für die Welt, Saran Soeung, Geschäftsführer von Sahmakum Teang Tnaut (STT), Herr Vuthy Eang, Geschäftsführer von Equitable Cambodia (EC), Frau Naly Pilorge, Direktorin von Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights (LICADHO) und Frau Sieglinde Weinbrenner, Brot für die Welt.

Es war mir ein großes Anliegen, die Sorgen über die Einschränkung der Menschenrechte in Kambodscha diese Woche bei einem Treffen mit Mitarbeiter*innen von „Brot für die Welt“ und dem Asienhaus Köln sowie zwei Partnervertreter*innen aus Kambodscha anzuhören und zu debattieren. Die Einschränkungen der Menschenrechte sind in Kambodscha in allen Bereichen festzustellen: Menschenrechtsverteidiger werden wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit kriminalisiert, die Presse- und Medienfreiheit ist quasi nicht mehr vorhanden. Das Landgrabbing, die Landnahme zugunsten privater Großinvestoren, die sich mit Hilfe staatlicher Akteure durch sogenannte Auslandsdirektinvestitionen (Foreign Direct Investments) große Landflächen sichern, haben ein neues Ausmaß an gewaltsamen Vertreibungen angenommen, das auch Amnesty international beklagt. Diese Verschlechterung der Menschenrechte zeichnet sich seit dem gescheiterten Versuch, eine pluralistische Mehrparteiendemokratie in Kam-

bodscha aufzubauen, ab. Die wichtigste Oppositionspartei (CNRP) wurde unter dem Vorwand des Landesverrats im November 2017 von der regierenden kambodschanischen Volkspartei (CPP) verboten. Damit sicherte sich der seit 35 Jahren regierende Präsident Hun Sen seine Macht und schuf einen Ein-Parteien-Staat.

Wie ist dem zu begegnen? Wirtschaftlich gesehen, bildet die Bekleidungsindustrie mit Ausfuhren im Wert von zehn Milliarden US-Dollar das Rückgrat des kambodschanischen Außenhandels. Sie ist der wichtigste Faktor für den stetigen Wohlstandsgewinn. Wichtigster Markt ist und bleibt die Europäische Union, wohin 2018 rund 29 Prozent aller Exporte gingen, vor den USA mit 24 Prozent. Deutschland ist mit einem Anteil von neun Prozent Kambodschas drittgrößtes Zielland für Exporte unter den Einzelstaaten.

Der richtige Weg, gegen die Einschränkungen der Menschenrechte zu agieren, ist wirtschaftlicher Druck. Meiner

Meinung nach geht die EU seit Februar 2019 – und dabei ist Deutschland auch zielführend – mit der Drohung der Aufhebung dieser Handelserleichterungen im Rahmen des „Everything-But-Arms-Systems“ („Alles außer Waffen“ ist ein präferenzielles Handelsabkommen mit armen Staaten) den richtigen Weg, Einfluss zu nehmen. Die Europäische Union sollte den in Gang gesetzten Prozess der Überprüfung des zollfreien, präferenziellen Zugangs Kambodschas zum europäischen Markt weiter verfolgen, damit ein Einlenken der kambodschanischen Regierung bewirkt wird.

Kambodscha hat es selber in der Hand, den vorzeitigen Verlust dieser Privilegien und gravierende Konsequenzen für Kambodschas Wirtschaft zu verhindern und Schaden abzuwenden, indem es die Menschenrechte achtet.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Startschuss für Aufnahmeprogramm von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen

Am 6. Mai nahm ich an der Vorstellung des Pilotprogramms "Neustart im Team" (NesT), das im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministeriums, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration liegt, teil.

Ich freue mich darüber,

dass dieses Programm die Aufnahme von bis zu 500 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen ermöglicht. Das Besondere von NesT liegt darin, dass Staat und Zivilgesellschaft (Katholische und Evangelische Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz etc.) Hand in Hand zusam-

menarbeiten, um die Integration von Geflüchteten vom ersten Tag ihres Aufenthaltes in Deutschland besser zu gestalten. So muss es sein: trotz aller anderen Sorgen und Probleme, die Schwächsten schützen und fördern. Das ist christlich-soziale Politik.

85.000 Euro vom Bund für das Herrenhaus in Heinersdorf



Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse entsprechende Taten folgen.

Das Herrenhaus in Heinersdorf ist ein hervorragendes Beispiel, wie bürgerschaftliches Engagement und kommunale Verantwortliche an einem Strang ziehen, um nicht nur ein wunderbares Baudenkmal vor dem Verfall zu retten, sondern es mit wirtschaftlicher Tätigkeit - Erträge für die Betriebskosten und gemeinnützige Aufgaben - zu verbinden. Heinersdorf ist dank seiner Lage und seiner bemühten Akteure Prototyp für das, was unserem Land nottut. Solche Projekte schaffen durch den Einsatz engagierter Akteure und durch wiederhergestellte Nutzung der alten leerstehenden Gebäude ein echtes Gefühl von Heimat und Zuhause.

Am Mittwoch (8.5.2019) hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Mittel für die Förderung der Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms VIII freigegeben. Demzufolge wird sich der Bund an der Sanierung des Herrenhauses in Steinhöfel OT Heinersdorf mit Mitteln in Höhe von bis zu 85.000 Euro beteiligen.

Ich freue mich, dass das Heinersdorfer Herrenhaus mit Bundesmitteln bis zu 85.000

Euro für Sicherungsmaßnahmen der Stuckdecken und des Wintergartens sowie Maßnahmen zur Entwässerung gefördert wird. Das kann aber nur der Startschuss sein. Denn für die weiteren geplanten Maßnahmen wird sehr viel Geld notwendig sein, das noch von der Kommune, vom Land Brandenburg und vom Bund akkumuliert werden soll. Denn ländliche Regionen sind für unser Land von einer enorm wichtigen Bedeutung. Nun sollen den Worten der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zur